NACHLESE

„Mit Steuern steuern“

Veranstaltung von **Umwelt Management Austria** am 27.04.2017 in der Kommunalkredit Austria AG, Türkenstraße 9, 1092 Wien

Andrea Stockinger, **MSc**, von der Kommunalkredit Austria AG begrüßte alle anwesenden Referentinnen und Referenten sowie die Gäste und hieß alle im Namen ihrer Geschäftsführerin Frau **DI Alexandra Amerstorfer** recht herzlich willkommen.

Im Publikum waren Vertreterinnen und Vertreter von Bundesministerien, Parteien, Sozialpartnern, Landesumweltanwaltschaften, NGOs, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, Umweltbundesamt, AIT, Consulting-Unternehmen u.v.a.

Prof. Dr. Reinhold Christian, Geschäftsführer von **Umwelt Management Austria**, konnte am 27. April beim Fachdialog **„Mit Steuern steuern“** viele interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie überaus kompetente und engagierte Vortragende begrüßen. Er bedankte sich insbesondere bei den Vortragenden für die Mitwirkung sowie für die Gastfreundschaft der Kommunalkredit Austria AG und für die finanzielle Unterstützung des Fachdialogs durch den Umweltdachverband im Zuge einer Förderung durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

„Seit Jahrzehnten schon ist die Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft Thema der gesellschaftlichen Diskussion. Weitere Jahrzehnte davor hat sich die Wissenschaft eingehend damit befasst. Theoretischen Grundlagen zur Internalisierung externer Effekte und Herstellung von Kostenwahrheit folgten konzeptive Arbeiten zur Vorbereitung der Praxis. Auch Nichtregierungsorganisationen haben zahlreiche Vorschläge dazu vorgelegt. Realisiert wurde davon (fast) nichts.

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung des Klimawandels und des Ziels des Abkommens von Paris (COP21) wäre es naheliegend, mit einer Energie- und CO_2-Abgabe den Auftakt für eine solche Ökologisierung zu schaffen.

Offensichtlich gibt es starke gegenläufige Interessen. Führt eine solche neue Steuer zu dramatischen Belastungen von Wirtschaft und Privaten, löst sie soziale Probleme aus? Wird die Industrie abwandern und werden tausende Arbeitsplätze vernichtet? Kann dadurch effiziente Energienutzung und Ressourcenschonung wirklich eingeleitet und realisiert werden? Machen Rebound-Effekte Effizienzgewinne zunichte? Oder löst eine solche Abgabe technologischen Fortschritt und Innovation aus und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft?“ so **Prof. Dr. Reinhold Christian** in seiner Einleitung zum Abend.

Er hielt fest, dass die bisherige Entwicklung der Energie- und Klimastrategie wenig Hoffnung auf Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Sinn des Klimaschutzes mache. So fand sich in der Konsultation die Frage, ob langfristige Ziele angestrebt werden sollen. Erst vor einigen Wochen wurde die kontraproduktive Maßnahme einer Halbierung der Abgabe auf Flugtickets beschlossen. Es war von der Forderung zu lesen, die Benzinbesteuerung auf das Niveau der Dieselsteuer zu senken.

Die bisherigen Veranstaltungen betrachteten Ziele, Maßnahmen und Instrumente für eine Energiewende. Heute stehen finanzielle Anreize im Mittelpunkt. Mit dem gegenständlichen Thema des Fachdialogs „Mit Steuern steuern!“ wird eine wesentliche Maßnahme diskutiert und in die Öffentlichkeit gebracht.

Dr.in Margit Schratzenstaller, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, bedankte sich für die Einladung und machte darauf aufmerksam, dass viel zu wenig über die Ökologisierung des Steuersystems diskutiert wird. Im Rahmen ihres Referats sprach sie über die Zielsetzungen von Ökosteuern, deren Stellung innerhalb der wichtigsten Instrumente der Wirtschaftspolitik, Argumente für eine Reform umweltschädlicher Förderungen und Änderungen der Abgabenstruktur, Ansatzpunkte für Umweltsteuern, internationale Vergleiche sowie Erfolgsbedingungen für eine nachhaltige Abgabenstrukturreform und kritische Punkte auf dem Weg zur Umsetzung, die diskutiert werden müssten.

Aus ihrer Sicht ist es wichtig, das Thema am Laufen zu halten. Sie meinte, dass Ökosteuern wichtige preisbasierte, marktkonforme Instrumente zur Internalisierung externer Effekte mit mehreren Zielsetzungen sind (die Internalisierung negativer Externalitäten bewirkt die Eindämmung umweltschädlicher Produktions-/Konsumaktivitäten und leistet somit einen Beitrag zur Erreichung von Umwelt- und Klimazielen und zur Förderung umweltschonender Innovationen, Einnahmen werden erzielt bzw. „doppelte Dividenden“ im Zuge der Ökosteuerreform realisiert.).

Österreich hat im internationalen Vergleich eine der höchsten Abgabenquoten. Allerdings wird viel zu wenig über die Struktur der Abgaben, die nachhaltigkeitsorientierter gestaltet werden sollte, gesprochen. Bislang machen Umweltsteuern nur einen relativ geringen Teil der Abgaben aus. In Österreich gibt es wenige Umweltsteuern mit nennenswerten Aufkommen. Dazu zählen die Mineralölsteuer, Energieabgabe oder auch die motorbezogene Versicherungssteuer. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern gibt es allerdings hohe Belastungen auf die Arbeit.

Entsprechend den Untersuchungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung werden in Österreich umweltschädliche Subventionen in Höhe von € 3,8 bis 4,7 Mrd. gewährt. Der vollständige Abbau der Subventionen ist nicht in allen Bereichen zweckmäßig (z.B. bei der Wohnbauförderung), oft geht es vielmehr um eine ökologischere Ausgestaltung. Internationale Organisationen fordern aber seit langem eine Subventionsreform.

Im Rahmen der Ökosteuer oder von Finanzreformen sollte „umgesteuert“ werden. Eine Reform der Förderungen würde das öffentliche Budget entlasten, Anreize für umweltschonende Innovationen setzen und zur Erreichung von Umwelt- und Klimazielen beitragen.

Aus der empirischen Literatur geht hervor, dass es keinen eindeutigen Beleg für einen signifikanten Einfluss der Abgabenquote auf das Wachstum gibt. Gesichert sind nur negative Wachstumseffekte bei einer sehr hohen Abgabenquote. Allerdings können Umweltsteuern als Einnahmequelle dienen, Wachstum befördern und Lenkungseffekte erzielen. Es sollte über nachhaltigkeitsorientierte Abgabensysteme diskutiert werden (ökologisch verträglich, einfacher, transparenter, gleichstellungsfördernd, verteilungsgerecht). Ökosteuern sollten zur Erreichung der Energiewende eingesetzt werden. In einem Land mit hohen Abgaben sollte geprüft werden, wie die Abgaben reduziert werden können, Arbeit entlastet werden kann, Vermögen besteuert werden kann, …

Ansatzpunkte für Umweltsteuern im Verkehr wären vor allem der Bereich des Erwerbs und der Nutzung von Fahrzeugen, die Ökologisierung und Erhöhung der NOVA, mindestens die Angleichung der Besteuerung von Diesel an Benzin, eine PKW-Maut oder die Ausdehnung der LKW-Maut auf das niederrangige Straßennetz. Darüber hinaus sollten die Einführung einer sektorübergreifenden CO_2-Steuer und die stärkere Orientierung der Energieabgabe an der Emissionsintensität diskutiert werden.

Derzeit sind Ökosteuern allerdings kaum ein Thema. Grund dafür ist die Wirtschaftskrise oder die Tatsache, dass Umweltsteuern in den letzten Jahren in Österreich häufig nur der Budgetkonsolidierung dienten und die Skepsis in der Bevölkerung gegen Umweltsteuern auf Grund von „Geldbeschaffungsmaßnahmen“ und kurzfristigen „Gegenfinanzierungsmaßnahmen“ zunahm.

Allerdings gibt es Empfehlungen des IWF, der OECD oder z.B. der EU-Kommission zur Notwendigkeit einer Abgabenstrukturreform, zur Entlastung vor allem der unteren Arbeitseinkommen. Aus Sicht der Referentin wäre jetzt ein guter Zeitpunkt für Umweltsteuererhöhungen, da der Ölpreis gegenwärtig niedrig ist und es Erfolgsbeispiele für Ökosteuerreformen in Ländern wie u.a. Deutschland, Finnland oder Dänemark gibt. Erfolgsbedingungen für eine Ökosteuerreform (Gesamtperspektive, Umsetzung im Rahmen eines mittelfristigen Stufenplans zur Einführung, Beachtung von Verteilungswirkungen, Maßnahmen zur Erleichterung der Anpassung, Verbindung mit grundlegender Aufgaben- und Ausgabendiskussion) stehen kritische Punkte (Verteilungswirkungen, Wettbewerbsfähigkeit, langfristige Ergiebigkeit, Abstimmung national-international sowie die Abstimmung mit anderen preisbasierten Instrumenten) gegenüber, die ebenfalls diskutiert bzw. für die Lösungen gefunden werden müssen.

Der Anteil der Umweltsteuern an den Steuereinnahmen insgesamt wurde von Schratzenstaller in Höhe von 5,9% ausgewiesen. Baud nannte einen Anteil von Ökosteuern am Steueraufkommen im Jahr 2015 von knapp 9%. Die Abweichung ergibt sich daraus, dass von der Referentin nicht der Anteil am Steueraufkommmen sondern an der Steuerlast darstellt gestellt wurde (Gesamteinnahmen an Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist).

Christian bedankte sich für den systematischen, klaren Vortrag und die Fülle an Hinweisen sowie Daten und Materialien. Er vermutete, dass allen Anwesenden klar sei, dass die Ökosteuer ein Teil eines wirkungsvollen Maßnahmenpakets sein muss.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Getzner, Technische Universität Wien, Department für Raumplanung, Fachbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik, informierte über das Modell einer Energie- und CO_2-Abgabe des Forum Wissenschaft & Umwelt „Mit Steuern steuern!“. Er setzte sich im Rahmen seines Vortrags offensiv für eine Steuerreform hin zur Ökosteuer ein, begründete zu diskutierende Entlastungen für Haushalte oder die energieintensive Industrie, äußerte seine Skepsis gegenüber der geplanten Energie- und Klimastrategie betreffend die Erreichung langfristig notwendiger Energie- und Klimaziele und machte auf diverse Defizite bei der derzeitigen Besteuerung von CO_2 bzw. Energie in Österreich aufmerksam.

Ökosteuern haben in Österreich derzeit praktisch keine Lenkungswirkung, sie reagieren derzeit nicht auf Preisänderungen am Markt. Österreich ist mit dem Anteil an Ökosteuern international betrachtet im unteren Mittelfeld. Die derzeitigen Maßnahmen in Österreich werden ihrer Dringlichkeit zur Reduktion von THG-Emissionen nicht gerecht. Wie die große angestrebte Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 in den noch verbleibenden 3 Jahren erreicht, die Versorgungssicherheit erhöht oder z.B. der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht werden soll, sei nicht vorstellbar, so der der Referent.

Da der Preis für CO_2-Zertifikate sehr niedrig ist können keine Lenkungswirkungen erzielt werden. Die Steuergesetzgebung betreffend die Energie stufte Getzner als völlig planlos ein. Es gibt große Bandbreiten bei der CO_2-Besteuerung von Energieträgern, die oft nicht die Umweltfreundlichkeit berücksichtigen:

- Kohle: 6,80 EUR/Tonne CO_2
- Erdgas: 15 EUR/Tonne CO_2
- Strom: 150-250 EUR/Tonne CO_2 (je nach Annahme über den Primärenergieträger-Mix der Stromproduktion)

„Die NOVA ist ein völliges Durcheinander, wenn man den CO_2-Aspekt betrachtet.“

Zielsetzungen einer ökologischen Steuerreform außerhalb des ETS wären die Kostenwahrheit, eine Anreizwirkung zu durchgängig sparsamem Umgang mit Energie und Ressourcen, die Unterstützung zentraler wirtschaftspolitischer Zielsetzungen (mit sozialem

Ausgleich und Bekämpfung der Energiearmut, Reduktion der Arbeitslosigkeit – Erhöhung der Beschäftigung), Aufkommensneutralität, Differenzierung nach Energiegehalt und CO_2-Emissionen, Technologieneutralität und administrative Effizienz.

Daraus ergibt sich ein 4-Säulen-Modell: Lenkungswirkung zur Reduktion von Emissionen (mit bis zu € 20 Mrd. pro Jahr), Aufkommensneutralität (Umschichtung im Steuersystem zulasten des Ressourcen- und Umweltverbrauchs mit Kompensation durch Entlastungen v.a. des Faktors Arbeit), sozialer Ausgleich mit Transferzahlungen (z.B. steuerfreier Mindestenergiekonsum, eventuell branchenspezifische Entlastungen, Förderungen z.B. für thermische Sanierungen) sowie Vorhersehbarkeit, Planbarkeit mit Stufenplan, schrittweise Anhebung des Steuerniveaus auf den Zielwert im 1., 3., 6. und 8. Jahr, parallele Entlastungen).

Betreffend die Energieabgabe sollten 4-5 Cent/kWh Primärenergie (Import und Inlandsproduktion; Eigenproduktion & -verbrauch ausgenommen) eingehoben werden. Der Energieverbrauch sollte per se, also aus langer Sicht auch erneuerbare Energieträger besteuert werden. Der Eigenverbrauch erneuerbarer Energie sollte ausgenommen werden. Eine CO_2-Abgabe sollte mit € 100,- pro Tonne angedacht werden. Ein stabiles Steueraufkommen selbst bei höherer Effizienz und gesunkenem Energieverbrauch ist möglich.

Zu den Begleitmaßnahmen zählen die Reduktion ökologisch kontraproduktiver Subventionen, keine (!) Reduktion der Steuern auf Benzin, Rücknahme der Reduktion der Flugticket-Steuer, Besteuerung des Primärenergieaufkommens sowie Ausnahmen z.B. für die energieintensive Industrie.

Als Wirkung wurden positive Beschäftigungswirkungen, Verbesserung des österreichischen Beitrags zum Klimaschutz, ökonomische Anreize zur Energiewende und Verbesserung der Effizienz, positive budgetäre Wirkungen sowie Beiträge zur Steigerung der Versorgungssicherheit genannt.

Getzner machte darauf aufmerksam, dass die Ökosteuer keine Sozialpolitik ersetzen kann und die THG-Reduktionsziele nur mit einem Mix an Maßnahmen erreichbar sind. Er meinte, dass es bisher wenig Anreize zum Energiesparen gab und das Nichthandeln immer teurer wird aber z.B. die OECD der Meinung ist, dass Österreich enorm von Ökosteuern profitieren kann.

Christian bedankte sich für die Präsentation und wies darauf hin, dass viele Hinweise, die von Schratzenstaller im Vortrag genannt wurden, im Konzept des Forum Wissenschaft & Umwelt bereits berücksichtigt wurden. Sorge bereitet Christian allerdings die Akzeptanz, denn die Österreicherin und der Österreicher denken wohl, dass mit der Ökosteuer Budgetlöcher gestopft werden. Es wäre also wichtig ein positives Bild der Zukunft zu setzen. Die Frage der Vorhersehbarkeit wäre ein wichtiger Punkt. 8 Jahre sind auf Grund des

Klimawandels lang. Es gibt die Überlegung, wie viel THG-Emissionen noch emittiert werden dürfen: „Wenn wir die gleiche Menge wie bisher weiter emittieren, so verbleiben nur noch 12 bis 14 Jahre verbleiben, bis die Emissionen komplett eingestellt werden müssten."

Mag. Sacha Baud, STATISTIK AUSTRIA, stellte im Wesentlichen die neue Studie „Ökosteuern in Österreich" vor. Grundlage dafür ist eine Verordnung der EU, Auftraggeber ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Der Vortragende erläuterte die Umweltgesamtrechnung - ein statistischer Rahmen zur Quantifizierung des Produktionsfaktors Umwelt, um diesen mit ökonomischen Größen in Beziehung zu setzen.

Ökosteuern werden in Energie-, Transport-, Ressourcen- und Umweltverschmutzungssteuern untergliedert. Grundsteuern (sind in den meisten Ländern Kapitalsteuern) und Steuern auf die Förderung von Erdöl und Erdgas (nicht alle Länder verfügen über diese Ressourcen) werden aus Gründen der Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene nicht betrachtet. Diese werden aber auf nationaler Ebene als Umweltsteuern erfasst.

8,9 Mrd. Euro erbrachten die Ökosteuern im Jahr 2015 in Österreich. 1995 betrugen die Ökosteuern über 4 Mrd. Euro, mehr als eine Verdoppelung war also bis 2015 zu beobachten. Etwas über 2% des BIP und knapp 9% der Steuereinnahmen macht die Ökosteuer in Österreich aus.

Leistungen, die in einzelnen Staaten über Gebühren erbracht werden, wie Abfall- und Abwassergebühren, werden in anderen Ländern über Steuern finanziert. Dies führt zu einer weiteren Einschränkung der Vergleichbarkeit. Will man daher eine möglichst vollständige Darstellung der ökologisch relevanten Belastung mit Steuern, Abgaben und Gebühren erreichen, müssen auch die sogenannten „ökologisch relevanten Zahlungen" in die Betrachtung miteingezogen werden.

Diese ökologisch relevanten Zahlungen (Mauterlöse, Abgaben für das Parken in Wien, Wassergebühren, Abwassergebühren, Müllgebühren) betrugen in Österreich im Jahr 2015 € 4,5 Mrd. Euro und 1995 ca. eine Mrd. Euro. Es fand eine Vervierfachung bis 2015 statt.

1995 betrugen die umweltrelevanten Steuern und Abgaben € 5,3 Mrd. (ökologische relevante Zahlungen, Energiesteuern, Transportsteuern, Umweltverschmutzungssteuern, Ressourcensteuern). 46,6% entfielen davon auf Energiesteuern und 21,4% auf ökologisch relevante Zahlungen. Im Jahr 2015 betrug die Höhe der umweltrelevanten Steuern und Abgaben € 13,3 Mrd. 38,6% entfielen auf Energiesteuern und 33,5% auf ökologisch relevante Zahlungen.

Beim Ökosteueraufkommen nach Branchen führen die privaten Haushalte, gefolgt von öffentlichen und privaten Dienstleistungen, Landverkehr, Bauwirtschaft sowie Landwirtschaft.

Beispielsweise bei den Energiesteuern führen ebenfalls die privaten Haushalte. Bei den ökologisch relevanten Zahlungen liegen die privaten Haushalte vor öffentlichen und privaten Dienstleistungen, gefolgt von der Bauwirtschaft.

Vergleicht man die Ökosteuern in Europa, so befindet sich Österreich (ohne Grundsteuer) in einer Gruppe mit Tschechien, der Slowakei, Spanien, Lettland und Norwegen. Der Anteil dieser Gruppe an den Steuern und Sozialabgaben beträgt zwischen 5,14% und 6,24% und liegt damit im Europabereich im unteren Bereich.

Christian bedankte sich für die systematisch vielen Daten und für die Informationen über andere Staaten in der EU. Er machte darauf aufmerksam, dass die ökosoziale Marktwirtschaft (Titel des nächsten Referats) in Österreich als politisches Konzept in den späten 1980er Jahren entwickelt wurde. Der erste Schritt in die Praxis war die ökosoziale Agrarpolitik Josef Rieglers. In der Folge wurden schöne Erfolge im ökologischen Landbau erzielt. Wie weit allerdings die Umsetzung dieser Idee generell - und speziell bei Klimaschutz und Energiestrategie - gediehen sei, darüber könnte sich jeder selbst ein Bild machen. Er begrüßte den letzten Referenten des Tages.

Mag. Jürgen Streitner, (Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW), Abteilungsleiter Sektion III/13: Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Klimapolitik), stellte aus Sicht des Bundesministerium mögliche Prinzipien einer ökologischen Steuerreform vor. Er informierte über das Zielquadrat ökologische Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistbarkeit, das immer mitzubedenken sei. Einblick in die Arbeiten betreffend die Energie- und Klimastrategie, welche im Juni 2016 im Ministerrat beschlossen werden soll, konnte er leider nicht geben. Er machte darauf aufmerksam, dass mit Hochtouren daran gearbeitet wird und wies voreilige Kritik zurück. Er meinte: „Sie werden überrascht sein. Es wird mit Sicherheit etwas zur ökologischen Steuerreform in der Strategie enthalten sein."

Betont wurde, dass Steuern in einem Spannungsfeld mit ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Zielen stehen. Prinzipien einer ökologischen Steuerreform wurden dargestellt: volkswirtschaftliche Kosten gering halten, außersteuerliche Maßnahmen berücksichtigen, Berücksichtigung von unterschiedlichen Effekten (Führen neue oder höhere Abgaben zum Abrücken von klimaschädlichen Verhaltensweisen und/oder zum Verlust von Einnahmen?), Wettbewerbsnachteile insbesondere der international tätigen energieintensiven Industrie vermeiden oder die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Energieproduktion (Beispiel OMV) erhalten.

Es wurden einige Vorschläge als zu diskutierende Beispiele vorgetragen. Diese können aber natürlich nicht isoliert betrachtet werden.

Betreffend umweltkontraproduktive Subventionen oder sinnvolle Maßnahmen wurden die Mineralölsteuervergünstigungen für Diesel (hier wäre Feinstaub zu berücksichtigen), die

Pendlerpauschale, Energieabgabenrückvergütung für die energieintensive Industrie, welche Unternehmen in Österreich hält, genannt.

Die voest alpine ist sehr innovativ und forscht an CO_2-freier Stahlproduktion, die aber mit einer zusätzlichen Stromproduktion in Höhe von 33 TWh/a bei einem derzeitigem Stromverbrauch in Höhe 65 TWh in Österreich verbunden wäre. In Hinblick auf eine Gleichbesteuerung dieses Stroms wäre für die heimische Stahlproduktion mit diesem Verfahren keine Wettbewerbsfähigkeit zu erzielen, gab Streitner zu bedenken.

Definitiv sollte über die CO_2-Steuer diskutiert werden. Doppel- und Dreifachbesteuerungen von ein und demselben Sachverhalt sollten aber vermieden werden. So müsste die Stahlproduktion im Inland bei einem Preis von € 100,- pro Tonne CO_2 1,190 Mrd. Euro an Steuern zahlen und wäre damit nicht mehr überlebensfähig. Ein Haushalt mit 95 m² müsste bei diesem Preis und einer Gasheizung mit einer zusätzlichen Belastung von € 600,- pro Jahr rechnen.

„Die Anhebung der Heizölsteuer von 10 Cent/l auf 40 Cent/l entspricht ungefähr einer Verdoppelung des Preises für Heizöl. Dieser Energieträger wäre dann für das Heizen kein Thema mehr."

Steuerfreiheit für erneuerbare Energien würde sukzessive die Staatseinnahmen reduzieren.

Die Angleichung der Steuern von Diesel auf das Niveau von Benzin würde zu einem Minderaufkommen von mehreren Hundert Mio. Euro an Steuern (Tanktourismus) führen. Nach Meinung der BOKU würde es erst ab einem Treibstoffpreisanstieg von € 1/l auf Benzin bzw. Diesel zu Lenkungswirkungen kommen. Nach Meinung von Streitner würde das lediglich zu bilanziellen Effekten, aber nicht zu Klimaeffekten führen.

Entsprechend der OECD hat Österreich die vierthöchste Ökosteuer (Ökosteuer pro Kopf). Bei Steuern auf Elektrizität liegt Österreich im EU-Vergleich unter den ersten 3. Nicht betrachtet wurde dabei allerdings die gesamte Höhe des Strompreises. Für die Industrie und das Gewerbe ist im Vergleich mit den Haushalten auch in Österreich in den letzten Jahren eine abnehmende Tendenz zu verzeichnen.

Wichtig bei der Steuerthematik ist auch die Berücksichtigung neuer Trends: Wir wollen hin zur Elektromobilität. Die MÖSt-Einnahme macht aber mehr als die Hälfte der Ökosteuer aus. Mit Umstellung der Technologie nimmt die Einnahmequelle ab. Wir wollen sukzessive die dezentrale Eigenversorgung ausbauen. Es stellt sich die Frage, wie man mit Netzen umgeht. Aufgrund von Technologienumstellungen wird der Strombedarf in Zukunft steigen.

Die Energie- und Klimastrategie, die im Juni in den Ministerrat gehen soll, soll Anregungen betreffend die Ökosteuer enthalten, so Streitner abschließend.

Christian machte darauf aufmerksam, dass die Ökosteuer eine runde Sache werden soll, dass die vielen genannten möglichen Effekte ausgewogen zu berücksichtigen wären und das Konzept des Forum Wissenschaft & Umwelt bereits auf die Vermeidung negativer Folgen abgestimmt sei. Im Rahmen der Energie- und Klimastrategie müsse das natürlich diskutiert werden. Ferner merkte er an, dass auf Grund eines aktuellen Berichts zum Tanktourismus davon ausgegangen werden kann, dass eine Angleichung der Besteuerung von Diesel auf das Niveau von Benzin keine wesentliche Auswirkung auf den Tanktourismus hat.

Die Diskussion mit dem Publikum brachte eine enorme Bandbreite an Fragen und Hinweisen: Umsatzsteuerreduktion, degressive Effekte, Ermäßigungen der CO_2-Abgabe für die energieintensive Industrie, niedrigere CO_2-Abgaben als € 100,- pro Tonne, Halbierung des Energieverbrauchs, Suffizienz, Rebound-Effekte, Flugverkehr, fundamentale Klimaprobleme, Methan aus der Landwirtschaft, …

Die nachfolgende Darstellung kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern nur die wichtigsten Antworten skizieren.

Streitner war der Meinung, dass die Belastung bei einem CO_2-Preis von € 100 pro Tonne für die energieintensiven Betriebe ohne Ausgleichsmaßnahmen zu hoch ist. Es stelle sich auch die Frage des globalen Wettbewerbs. Im europäischen Gleichklang ist weniger gegen eine CO_2-Steuer einzuwenden, als im nationalen Alleingang. Den Emissionshandel bezeichnete der Referent als strengste Maßnahme: Jedes Jahr müssen CO_2-Emissionen gesenkt werden. Schon allein die Tatsache, dass es ETS gibt, würde viel bewirken. Als positives Beispiel wurde das Forschungsprojekt der voest alpine zur grünen Stahlproduktion genannt (Hinweis: Dieses wird von der EU mit unterstützt.). Das BMWFW betrachtet es als kritisch, den Energieverbrauch absolut zu begrenzen. Es darf nicht das Signal geben, dass eine Investition nicht gewünscht ist, es muss verstärkt auf Energieintensität abgestellt werden.

Getzner machte darauf aufmerksam, dass zentrale Fragen mit einer Primärenergieabgabe gelöst werden können z.B. Steigerung der Energieeffizienz, Bekämpfung von Rebound-Effekten, Suffizienz, … Er bezeichnete Effizienz als notwendig. Er machte darauf aufmerksam, dass die Ökosteuer ein Teil eines erforderlichen Maßnahmenmixes zur Erreichung der Energie- und Klimaziele ist.

Stahl in Österreich wird effizienter und weniger CO_2-intensiv als in anderen Ländern produziert. Die Ökosteuer soll nicht zur Belastung sondern zum Umbau des Steuersystems eingeführt werden.

Er sprach davon, dass von Streitner „Pappkameraden gegen die Ökosteuer“ aufgebaut werden, die er dann bekämpfe, obwohl das Konzept des Forum Wissenschaft & Umwelt viele der genannten Probleme definitiv vermeide. Die Diskussion gegen eine mögliche Ökologisierung auf Grund einer drohenden Schließung oder Abwanderung der Industrie

werde seit 20-30 Jahren geführt wird. Dies „hängt mir schon zum Hals heraus“. „Es muss erlaubt sein, über eine neue Stoßrichtung zu diskutieren. Niemand will, dass die heimische Produktion abgedreht wird.“

Durch eine Reduktion der Umsatzsteuer im Rahmen einer Ökosteuerreform würden eher ärmere Haushalte mit niedrigem Einkommen entlastet.

Baud verdeutlichte, dass der Altlastenbeitrag die einzige Steuer zur Beseitigung von Umweltschäden ist, Ökosteuern aber in der Lage wären, die Umweltsituation durch ihre Anreizwirkung zu verbessern. Er verwies auf zahlreiches Datenmaterial der STATISTIK AUSTRIA und lud ein, dieses zu sichten. Dazu zählt auch die NAMEA, welche eine kritische Betrachtung von ökonomischen und ökologischen Daten darstellt (Die ökonomischen Konten der österreichischen Integrierten NAMEA umfassen den Produktionswert, die Bruttowertschöpfung und die Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalenten. Die umweltbezogenen Daten setzen sich aus den Modulen Materialeinsatz, Energieeinsatz, Luftemissionen, Umweltschutzausgaben (für Luftreinhaltung und Klimaschutz sowie Abfallwirtschaft), Ökosteuern und Abfälle zusammen.). Er ergänzte, dass trotz gesteigertem Materialeinsatz die Effizienz gesteigert wurde.

Christian betonte, dass ein reichhaltiger Maßnahmenmix zur Erreichung der Energie- und Klimaziele zur Verfügung steht: Von Ökosteuern über ordnungsrechtliche Vorgaben bis zur Bildung im weitesten Sinne. Er räumte ein, dass einige Punkte im Modell des Forum Wissenschaft & Umwelt noch zu diskutieren sind. Dazu zähle auch die energieintensive Industrie und die Frage, ob hier der Ausgleich durch Senkung der Lohnnebenkosten ausreichend möglich sei. Betreffend das ETS müsste ausdifferenziert werden z.B. Reduktion von Abgaben wenn parallel dazu CO_2-Abgaben eingehoben werden.

Betreffend die Zweckbindung äußerte sich der Moderator kritisch, denn man könne Geld nicht zweimal ausgeben: Für die Senkung von Lohnsteuern und Umweltmaßnahmen.

Rebound-Effekte können entstehen, wenn Effizienzmaßnahmen gesetzt werden. Die Lenkungswirkung diene ja prinzipiell dem Umwelt- und Klimaschutz. Sie sind aber umso kleiner, je effizienter die Maßnahmen sind. Es müssen also zusätzlich Maßnahmen gesetzt werden, um Rebound-Effekte zu reduzieren. Auf Effizienzmaßnahmen wegen der dann zu erwartenden Rebound-Effekte zu verzichten, wie es von einigen gefordert wird, sei jedenfalls kontraproduktiv.

Getzner verdeutlichte, dass es einfache Instrumente zur Regelung des Flugverkehrs gibt.
Aus ökologischer Sicht ist auch Methan ein großes Thema, das in der Debatte zur Erreichung der Energie- und Klimaziele berücksichtigt werden muss.

Er war davon überzeugt, dass über eine Primärenergieabgabe auch Einsparungen in der Landwirtschaft realisiert werden können. Studien für Österreich zeigen, dass unser Land

besonders von einem Temperaturanstieg betroffen sein wird und die rasche Umsetzung von Maßnahmen umso wichtiger ist.

Streitner war erfreut feststellen zu können, dass in der Diskussionsrunde die Bereitschaft zur Unterstützung der einheimischen Industrie gegeben ist. Viele Vorschläge zur Ökologisierung der Steuern würden vorliegen, allerdings sollten auch entsprechende Gegenfinanzierung und Ausgleichsfinanzierung im gleichen Ausmaß betrachtet werden. Er sprach auch Fehleffekte durch Gratiszuteilungen von CO_2-Zeritifikaten an, wodurch einige Stahlunternehmen, welche die Produktion zurückfuhren, belohnt wurden. Bessere Lenkungswirkungen einer CO_2-Steuer bezweifelte der Referent allerdings, da nicht primär der Preis sondern die ökonomische Machbarkeit sowie Forschung und Entwicklung entscheidend sei.

Zu den degressiven Effekten einer CO_2-Abgabe würden keine Daten vorliegen. Dies bestätigte auch **Getzner**.

Er meinte, dass es schön wäre, einen funktionieren CO_2-Handel zu haben. Eine Kombination mit CO_2-Abgabe wäre aber auch dann unbedingt erforderlich und sprach sich mit „Zu tot g'fürcht is a gstorbn." für die Einführung der CO_2-Abgabe aus.

Erwin Mayer, Geschäftsführer Erneuerbare Energie in Österreich im Publikum meinte, dass Gratiszuteilungen zu Verzerrungen am Markt führten. ETS würde nur mit 100% Versteigerung sinnvoll sein und dies sei wiederum schon fast eine CO_2-Steuer. Er war davon überzeugt, je mehr Wertschöpfung pro Ausstoß von CO_2-Einheit möglich ist, umso besser würde es der voest alpine im Vergleich mit der Konkurrenz gehen.

Christian bedankte sich bei der Referentin, den Referenten sowie dem Publikum und betonte, dass er die Worte von Streitner „In der Energie- und Klimastrategie wird etwas zur Ökosteuer zu finden sein." in die weitere Debatte mitnimmt.

Die Fachdialogsreihe von **Umwelt Management Austria** wird im Herbst zu den Themen „Rebound-Effekte" und Bildung fortgesetzt.

Die Präsentationen zum Fachdialog am 27.04.2017 stehen online zur Verfügung unter:
http://www.uma.or.at/fachdialog-mit-steuern-steuern.html

MIT UNTERSTÜTZUNG VON BUND

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH